

Öffentlicher Anzeiger

in dem Amtsblatt für den Stadtkreis Frankfurt a. M.

Nr. 46a

Ausgegeben: Freitag den 20. November

1914.

229. (Bekanntmachung.) Das Braunsfelsgäßchen zwischen Hainertweg und Unterster Hergweg wird zwecks Verlegen der Wasserleitung vom 23. November bis einschließlich 23. Dezember d. J. für den öffentlichen Fußverkehr gesperrt.

Frankfurt a. M., den 16. November 1914.
Der Polizei-Präsident. J. M.: Frhr. v. Schudmann.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

230. (Öffentliche Ladung.) Der Militärpflichtige Georg Otto Leufel, geboren am 25. November 1891 in Lingenbach, letzter Wohnort hier, zur Zeit im Auslande mit unbekanntem Aufenthalt, wird beschuldigt, als Wehrpflichtiger in der Absicht, sich dem Einritte in den Dienst des lebenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis das Bundesgebiet verlassen oder nach erreichtem militärpflichtigen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufzuhalten zu haben. Vergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 St.-G.-B.

Derselbe wird auf-

den 4. Januar 1915, vorm. 9 Uhr,

vor die Strafkammer des königlichen Landgerichts in Frankfurt a. M., Zimmer Nr. 33, zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von der mit der Kontrolle der Wehrpflichtigen beauftragten Behörde über die der Anklage zu Grunde liegenden Tatsachen ausgesprochenen Erklärung verurteilt werden. 7 J. 495/14
Frankfurt a. M., den 9. November 1914.

Der königliche Erste Staatsanwalt.

1931. (Öffentliche Zustellung.) Die Firma S. Kiesel in Frankfurt a. M., Kaiserstraße 9, klagt gegen die ledige Mary Gager, früher in Mannheim, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, auf Grund Karentaufs, unter Vereinbarung von Frankfurt a. M. als Erfüllungsort, mit dem Antrage, Beklagte zur Bezahlung von 500.— Mark vorläufig vollstreckbar zu verurteilen.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird die Beklagte vor das königliche Amtsgericht in Frankfurt am Main, Abteilung 10, auf

den 8. April 1915, vormittags 9½ Uhr,

nach Zimmer Nr. 1 im Hauptgerichtsgebäude, Heiligkreuzgasse 34, Erdgesch., geladen.

Frankfurt a. M., den 6. November 1914.

Der Gerichtsschreiber des kgl. Amtsgerichts.

1932. (Öffentliche Zustellung.) Der Monteur Georg Volkert in Frankfurt a. M., Holzgraben 13, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Ruhemann in Frankfurt a. M., klagt gegen seine Ehefrau Barbara Wilhelmine Volkert, geb. Ebler, früher in Frankfurt a. M., jetzt unbekannt wo, auf Grund des § 1568 B. G. B.,

mit dem Antrag auf Ehescheidung ev. Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft. Der Kläger ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 2. Zivilkammer des königlichen Landgerichts in Frankfurt a. M. auf den 18. Januar 1915, vorm. 9 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen. 4 N. 302/14

Frankfurt a. M., den 12. November 1914.

Der Gerichtsschreiber des königlichen Landgerichts.

1933. (Öffentliche Zustellung.) Die Ehefrau Marta Selma Elise Limbach, geb. Franke, in Frankfurt a. M., Mörjelberlandstraße 34, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Albert Erlanger in Frankfurt a. M., klagt gegen ihren Ehemann, den Zeichner Jakob Limbach, früher in Frankfurt a. M., jetzt unbekannt wo, auf Grund des § 1569 B. G. B., mit dem Antrag auf Ehescheidung. Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 2. Zivilkammer des königlichen Landgerichts in Frankfurt a. M. auf den 18. Januar 1915, vorm. 9 Uhr,

mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen. 4 N. 376/14

Frankfurt a. M., den 12. November 1914.

Der Gerichtsschreiber des königlichen Landgerichts.

1934. (Aufgebot.) Der Landwirt Andreas Schmidt in Jöhrenthal (Baden), vertreten durch die Rechtsanwälte C. und B. Fritsch in Freiburg (Baden), hat das Aufgebot folgender Wertpapiere beantragt: Schuldverschreibungen der Elektrizitätsaktiengesellschaft vorm. B. Rahmeyer & Co., Frankfurt a. M., 1. über 1000 Mark, Nr. 16 236, verzinslich zu 4½ Prozent auf 1. April und 1. Oktober nebst Zinsscheinen, Ausgabe vom 1. März 1906, leistungsfähiger Coupon 1. 10. 1915, 2. über 2500 Mark, Nr. 16 422/23 zu je 1000 Mark und Nr. 2405 zu 500 Mark, zu 4½ Prozent verzinslich auf 1. April und 1. Oktober nebst Zinsscheinen, Ausgabe vom 1. März 1906, leistungsfähiger Coupon am 1. 10. 1915. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf

den 17. Juni 1915, vormittags 11 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht, Hauptgerichtsgebäude, 2. Stock, Zimmer Nr. 129, anberaumten Aufgebotsstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzuliegen; widrigenfalls die Kraftlosklärung der Urkunden erwirkt wird. 18 J. 23/1

Frankfurt a. M., den 9. November 1914.

Königliches Amtsgericht, Abt. 18.

Konkurse.

1935. (Konkursverfahren.) Ueber das Vermögen des Tapezierers Moses Glücksmann in Frankfurt am Main, Geschäftsfokal Langestraße 7, Wohnung Fischerfeld-

straße 10, wird heute am 17. November 1914, vormittags 11½ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt Dr. K e n n e, hier, Rahmhofstraße 2, wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 8. Dezember 1914 bei dem Konkursgerichte anzumelden. Bei schriftlicher Anmeldung Vorlage in doppelter Ausfertigung d r i n j e n d empfohlen.

Es wird zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132—134 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Mittwoch, den 2. Dezember 1914
vormittags 10½ Uhr,

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Freitag, den 18. Dezember 1914
vormittags 10½ Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht, Seilerstraße 19a, 1. St., Zimmer 10, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und vor den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 2. Dezember 1914 Anzeige zu machen. 17 N. 146/14

Veröffentlicht: Der Gerichtsschreiber
Königlichen Amtsgerichts, Abteilung 17, in Frankfurt a. M.

Substationen.

1936. (Zwangsvorsteigerungssachen.) Die nachstehend unter Nummer 1 bis Nummer 3 bezeichneten Grundstücke sollen zu den dort angegebenen Zeiten im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden. In jeder dieser Zwangsvorsteigerungssachen erlassen die unterzeichneten Gerichte 1. die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens in dem Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden; 2. die Aufforderung an diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, vor der Erteilung des Zuschlages die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt; 3. die Aufforderung, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung der Ansprüche an Kapital, Zinsen und Kosten der Kläubigung und der die Befriedigung aus dem Grundstücke bezweckenden Rechtsverfolgung mit Angabe des beanspruchten Mangels schriftlich einzureichen oder zum Protokolle des Gerichtsschreibers zu erklären:

1. Am 5. Januar 1915, vormittags 9½ Uhr, an der Gerichtsstelle, Hauptgerichtsgebäude, 2. Stock, Zimmer 129, das im Grundbuche von Frankfurt a. M., Bezirk 15,

Band 17 Blatt 660 (eingetragene Eigentümerin am 18. Mai 1914, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerkes, Ehefrau des Fabrikanten Max S e n j e s c h m i d t, Sophie geb. Philipps, vorverehelichte (hier) eingetragene Grundstück, Gemarkung Frankfurt/Main, Kartenblatt 178, Parzelle 8, Untermainfai Wohnhaus mit Hofraum, hält 5,31 Ar, Grundsteuermappe Nr. 9176, Gebäudesteuerrolle Nr. 2103, 528 M. Gebäudesteuer, 13 200 Mark Nutzungswert, 18 N. 116
Amtsgericht, Abt. 18

Nr. 2. Am 5. Januar 1915, vormittags 9½ Uhr, an der Gerichtsstelle, Hauptgerichtsgebäude 2. Stock, Zimmer 129, das im Grundbuche von Frankfurt a. M., Bezirk 20 Band 20 Blatt 754 (eingetragene Eigentümerin am 18. Mai 1914, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerkes, 1. der Weißbindermeister Leino Biering, hier-Nöbelheim, 2. des Weißbindermeister Adam H ö p b a c h e r daselbst, je zur ideellen Hälfte) eingetragene Grundstück, Gemarkung Frankfurt a. M., Kartenblatt 293 b, Parzelle 41/9, Eschersheimer Landstraße 1 Wohnhaus mit Läden und Hofraum, hält 3,90 Ar, Grundsteuermappe Nr. 13 191, Gebäudesteuerrolle Nr. 4 Nutzungswert 5600 M., Gebäudesteuer 204 M. 18 N. 118
Amtsgericht, Abt. 18

Nr. 3. Am 5. Januar 1915, vormittags 10 Uhr, an der Gerichtsstelle, Hauptgerichtsgebäude, 2. Stock, Zimmer 129, das im Grundbuche von Frankfurt a. M., Bezirk 5 Band 5 Blatt 233 (eingetragene Eigentümerin am 16. Juni 1914, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerkes Eheleute Spengler Johann Adam P e i c h u m und Katharina Elisabeth geb. Schmidt in Frankfurt a. M.) eingetragene Grundstück, Gemarkung Frankfurt a. M., Kartenblatt 21, Parzelle 11, hält 5,85 Ar, Wohnhaus mit Hofraum und Hintergebäude, Schwarzwaldbstraße 53, Grundsteuermappe Nr. 466, Gebäudesteuerrolle Nr. 1305, jährlicher Nutzungswert 2916 Mark.

Dieses Grundstück wird zwecks Aufhebung der Gemeinshaft versteigert. 18 N. 136/14
Amtsgericht, Abt. 18

Veröffentlichungen aus dem Handelsregister.

1937. 1. B. 1231. Deutsche Schmiermittelwerke, G. m. b. H. Die unter dieser Firma mit dem Sitz zu Mainz errichtete und am 29. Februar 1908 in das dortige Handelsregister eingetragene Gesellschaft mit beschränkter Haftung hat ihren Sitz von Mainz nach Frankfurt a. M. verlegt. Der Gesellschaftsvertrag ist am 26. Februar 1908 festgestellt. Er ist abgeändert durch Beschlüsse der Mitgliederversammlung vom 26. Februar 1912, 1. Februar 1913 und 6. November 1914. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und Vertrieb von Schmierölen und Fetten. Zur Erreichung und Förderung dieses Zweckes ist die Gesellschaft befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen Unternehmungen zu beteiligen, oder deren Vertretung zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt 100 000 Mark. Wesentliche Beschlüsse der Gesellschaft erfolgen durch das Mainzer Tageblatt. Geschäftsführer ist der Kaufmann Ernst W i d e r zu Mainz.

Frankfurt a. M., den 10. November 1914.
Königliches Amtsgericht, Abt. 16.

(Inserationsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Zeile 15 Pfennig.)